



Protest-, Aktions- und Trauertag

21.07.2019 „Internationaler Gedenktag für verstorbene Drogengebraucher*innen“

„Gesundheit und Überleben gibt es nicht zum Nulltarif“

Mit diesem Thema wollen wir am 21. Juli 2019, dem Internationalen Gedenktag für verstorbene Drogengebraucher*innen, auf die stetige Ausdifferenzierung der Angebote kommunaler Suchthilfe aufmerksam machen, die seit vielen Jahren - ohne eine entsprechende Aufstockung der Mittel - erwartet wird. Auch die Drogenbeauftragte der Bundesregierung, Frau Mortler, macht auf dieses Missverhältnis aufmerksam.

Ohne die entsprechenden kommunalen Mittel werden z.B. dringend erforderliche und erfolgreiche Beratungs- und Testangebote für HIV und Hepatitis C nach dem Ende der Modellphase wieder eingestellt. Zudem gerät der dringend benötigte Ausbau eines ausdifferenzierten Hilfesystems vom niedrigschwelligen Angebot, über aufsuchende Angebote bis hin zu neuen Beratungsangeboten für Konsument*innen von neuen psychoaktiven Substanzen sowie im Kontext von Chemsex ins Hintertreffen. Selbst dringend erforderliche Fortbildungsangebote für Mitarbeiter*innen können vielfach nur im beschränkten Umfang stattfinden. Die Gründe hierfür sind unter anderem fehlende finanzielle Mittel sowie eine dünne Personaldecke.

Die kommunale Suchthilfe benötigt schon lange eine bessere finanzielle Ausstattung, um den aktuellen Gegebenheiten und Anforderungen mit hoher fachlicher Qualität, hinreichend Zeit und angemessener Empathie begegnen zu können.

Die wichtige Arbeit vor Ort in den Beratungsstellen und Anlaufzentren sollte insgesamt mehr geschätzt werden. Sie vermag den Drogengebrauchenden nicht nur auf mannigfaltige Weise eine unmittelbare und daher zeitnahe Hilfe bei akuten Problemlagen zu ermöglichen. In diesen Einrichtungen entwickeln sich darüber hinaus oftmals auf positive Weise soziale Treffpunkte für ansonsten gesellschaftlich weitgehend ausgestoßene Menschen. Im Idealfall entsteht dann – zumindest zeitweise - ein Klima zwischenmenschlicher Wärme. Ein Ort zum Innehalten, zum Erholen, der Information und Hilfe

Diese Orte der Menschlichkeit sollten daher dringend erhalten werden und ihre finanzielle Ausstattung muss verbessert werden. Vielerorts sollten zudem dort bislang fehlende Einrichtungen der Akzeptierenden Drogenhilfe entstehen können. Um das Überleben von Drogengebrauchenden zu sichern und mit möglichst individuellen Hilfen die gesundheitliche und soziale Situation zu verbessern, aber auch um zur Entlastung der Gesellschaft beizutragen müssen Länder und Kommunen mehr investieren!

„Wo Leben ist, da ist Hoffnung - und unser erstes Ziel in der Drogenpolitik sollte darin bestehen, diese Hoffnung am Leben zu erhalten, indem wir die Abhängigen am Leben halten!“

Heather Brook, Australien

Bundesarbeitsgemeinschaft der Eltern und Angehörigen für akzeptierende Drogenarbeit

JES Bundesverband (Junkies - Ehemalige - Substituierte).

Deutsche AIDS-Hilfe e.V. - Deutsche Gesellschaft für Suchtmedizin e.V.

Akzept e.V.- Bundesverband für akzeptierende Drogenarbeit und humane Drogenpolitik

Verantwortlich: Jürgen Heimchen, Ravensberger Str. 44, 42117 Wuppertal , Tel. 0202-423519